

Die soziale Dimension der Freiheit

Inklusiver Liberalismus oder: Warum die FDP ihr Themenspektrum erweitern muss. Von Hans Bellstedt

In Thüringen hat es gereicht: Mit exakt einer Stimme mehr als nötig hat die FDP den Einzug in den Landtag geschafft. Nach dem mageren Ergebnis bei der Europawahl und dem Scheitern an der Fünfprozenthürde in Sachsen und Brandenburg keimt wieder Hoffnung auf für die Liberalen. Bei der Bürgerschaftswahl 2020 in Hamburg stehen die Chancen auf ein respektables Ergebnis nicht schlecht. Etwaige Personaldebatten sind bis auf Weiteres vom Tisch.

Der hauchdünne Erfolg von Erfurt darf den Blick auf die bleibenden Herausforderungen, vor denen die FDP und mit ihr der politische Liberalismus stehen, jedoch nicht verstellen. In der Sonntagsfrage zur Bundestagswahl liegt die Partei seit Monaten konstant unter ihrem Wahlergebnis von 2017 (10,7 Prozent). Eine stabile Position in der Mitte des Parteienspektrums sieht anders aus. Was muss geschehen?

Der eigentliche Kern von Parteiarbeit und Parteierfolg liegt in den Inhalten. Dem ersten Anschein nach müssen die Liberalen sich hier nicht verstecken: Ihre Rückkehr in den Bundestag 2017 verdanken sie einer klaren thematischen Fokussierung. Bildung, mehr Freiheiten für Gründer und Mittelstand sowie eine konsequente, mutige Digitalisierung bilden den Markenkern der „neuen“ FDP. Es gibt keinen Grund, ihn in Frage zu stellen.

Aber die Welt dreht sich weiter: Immer mehr Menschen zweifeln an der Lösungskompetenz der

Politik. Hier sind alle Parteien gefordert – auch die FDP. Die Sorgen und Bedrängnisse weniger begüterter Menschen sollten auch ihre Themen sein. Die in München lehrende Philosophin Lisa Herzog zitiert die „soziale Dimension der Freiheit“: dass der Staat dem Individuum nicht nur Freiräume und Optionen, sondern auch Ressourcen bereitstellen müsse, „die das Individuum zu ei-

Die FDP macht Schlagzeilen mit dem Soli und der Bürokratie. Auf die Dauer reicht das nicht

nem selbstbestimmten Leben befähigen“. Welche Ressourcen könnten dies sein?

Erstens: Deutschlands Zukunft entscheidet sich an den Schulen. Liberale sollten sich noch stärker dafür einsetzen, dass ausnahmslos allen Kindern eine echte Aufstiegsperspektive geboten wird. Die FDP-Schulministerin von Nordrhein-Westfalen, Yvonne Gebauer, hat gerade 35 Schulen, davon 22 in der Region Ruhr, zu „Talentschulen“ ernannt. Die Liberale will „den Bildungserfolg der Kinder und Jugendlichen von ihrer sozialen Herkunft und den Einkommensverhältnissen des Elternhauses entkoppeln“. Von solchen Initiativen braucht es viel mehr. Besonderes Augenmerk sollte den jun-

gen Menschen gelten, in deren Zuhause kein (oder wenig) Deutsch gesprochen wird.

Zweitens: Wohnen ist die soziale Frage der Zeit. Wer nur „Bauen, bauen, bauen“ ruft, springt zu kurz. Nach welchen ökologischen, aber auch architektonischen Standards soll denn gebaut werden? Wie bringen wir akute Mangelbeseitigung und Nachhaltigkeit in Einklang? Die Menschen erwarten auch Maßnahmen, die kurzfristig wirken. Ein bedarfsgerechtes Wohngeld zählt ebenso dazu wie mehr Sozialwohnungen für nachweislich Bedürftige. Staatliche Zulagen können Mietern helfen, Anteile an Wohnungsgenossenschaften zu erwerben. Und die Mietpreisbremse? Wenn sie dazu geeignet ist, Mieterinnen und Mieter zu entlasten, ohne Eigentümern über Gebühr zu schaden, müssen Marktliberale sie nicht pauschal verurteilen.

Drittens: In Deutschland sind derzeit 720 000 Langzeitarbeitslose registriert. Wie geht die Partei des Wettbewerbs und der Eigenverantwortung damit um? Die Bundesagentur für Arbeit erstattet Arbeitgebern, die Langzeitarbeitslosen eine Chance bieten, in den ersten zwei Jahren bis zu 100 Prozent der Lohnkosten. Befürwortet die FDP diesen Ansatz? Gibt es liberale Alternativen? Wie wäre es, wenn Langzeitarbeitslose Aufgaben im kommunalen oder karitativen Bereich übernehmen und dafür eine Art „Mindestlohn plus“ erhalten? Ob im Osten oder im Ruhrgebiet, die Menschen wollen Antworten – auch von der FDP.

Viertens: Kaum ein Thema treibt die Menschen so sehr um wie die Angst vor der Armut im Alter. Tatsächlich müssen Millionen von 60-, 70- und 80-Jährigen mit weniger als 1000 Euro im Monat auskommen. Was sagt die FDP dazu? Sicher, eine Stärkung der kapitalgedeckten Vorsorge ist überfällig. Zugleich müssen die Menschen aber auch in der Lage sein, während ihres Erwerbslebens in Altersvorsorgeprodukte zu investieren. Ein angemessenes Lohnniveau, maßvolle Steuersätze sowie vermögenswirksame Leistungen des Staates können helfen. Daneben benötigen wir eine deutliche Stärkung der Betriebsrente.

Fünftens: Die Zahl der Pflegebedürftigen liegt bei drei Millionen und steigt unaufhaltsam an. Haben wir die Heim- und Hospiz-Infrastruktur dafür? Sind Geringverdiener für den Pflegefall hinreichend abgesichert? Auch dazu sollten und können Liberale (wie zuletzt die FDP-Landtagsfraktion in Bayern) eigene, schlüssige Konzepte präsentieren. Die Einkommenssituation von Pflegekräften muss verbessert, die Rekrutierung von Pflegerinnen und Pflegern professionalisiert werden. Vor allem aber bedarf es einer Stärkung intermediärer Akteure und Infrastrukturen: Karitative Einrichtungen, Anlaufstellen in der Nachbarschaft (zum Beispiel Seelsorge) und die eigene Familie sind die Orte, die pflegebedürftigen Menschen Halt und Geborgenheit geben. Sie zu stärken, entspricht bester zivilgesellschaftlicher Gesinnung.

Tatsächlich finden sich im Programm der FDP zu fast allen diesen Themen lesenswerte Ansätze – aber die reichen nicht, sie dringen auch nicht durch. Schlagzeilen produzieren die Liberalen stattdessen mit der Forderung, den Soli auch für Gutverdiener abzuschaffen und Unternehmen von Bürokratie zu befreien. Keine Frage: Wettbewerb, Innovation und die Stärkung des Unternehmertums sind unverzichtbar für eine gedeihliche Entwicklung unserer Gesellschaft. Richtig ist aber auch: Immer mehr Unternehmen denken weiter und geben sich eine gesellschaftliche Zweckbestimmung („purpose“). Auch der Liberalismus muss sich öffnen und neue Felder betreten: Neben Wirtschaft und Rechtsstaatlichkeit muss ein Liberalismus treten, der die Sorgen der Menschen ernst nimmt und niemanden zurücklässt. Nennen wir es den „inklusiven Liberalismus“: Ein inklusiver Liberalismus kann helfen, soziale Unwuchten zu beheben und immer mehr Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Die soziale Dimension der Freiheit ist die Chance der FDP.



Hans Bellstedt ist Unternehmer und Mitglied der Berliner FDP. Er lehrt Public Affairs an der Technischen Universität Berlin.